

Robert J. Barro:

RULE OF LAW, DEMOCRACY, AND ECONOMIC PERFORMANCE

1. Einleitung

Wenn ein Vergleich zwischen wirtschaftlich erfolgreichen Ländern und Staatsformen gemacht wird, so könnte schnell der Schluss gezogen werden, dass demokratische Strukturen wichtige Voraussetzung für wirtschaftliche Prosperität sind. Unbestritten und vielfach empirisch nachgewiesen unterliegt der volkswirtschaftliche Output eines Staates der Regierungspolitik. Doch eben gerade diese Regierungspolitik muss nicht zwingend durch demokratische Strukturen entstehen und deshalb ist es wichtig zu definieren welches die entscheidenden Faktoren sind, die eine positive wirtschaftliche Entwicklung begünstigen. Unter diesen Faktoren sind politische, rechtliche und wirtschaftliche Institutionen zu verstehen die wichtige Determinanten der wirtschaftlichen Entwicklung darstellen. Neuere Forschung befasst sich zum einen mit dem Einfluss von Demokratie auf den volkswirtschaftlichen Output gemessen an Freiheitsrechten und Wahlrechten. Zum andern ist der Schwerpunkt auf die Rechtsstaatlichkeit gelegt, welche anhand von Eigentumsrechten und Existenz legaler Strukturen gemessen wird.

2. Einfluss von Eigentumsrechten und legalen Strukturen (rule of law) auf die Wirtschaft

Eigentumsrechte sind in der Wirtschaftstheorie von zentraler Bedeutung. Die Gewährleistung der Eigentumsrechte ist als fundamentaler Anreiz für Investitionen zu bezeichnen, denn es ist wichtig, die Erträge zu schützen und nicht durch Enteignung zu gefährden. Ebenso ist es wichtig, dass gesetzliche Strukturen vorhanden sind, die den Teilnehmern einer Volkswirtschaft verbindliche Rahmenbedingungen schaffen. So sind formelle Institutionen Basis des Vertrauens in einer Volkswirtschaft, welches konsistentes Handeln ermöglicht.

Wenn nun die Ausbildung von Eigentumsrechten und legalen Strukturen schwach ausgeprägt ist, wird die wirtschaftliche Aktivität reduziert und auf ein Minimum beschränkt, da das Risiko zu gross ist die Erträge aus den Investitionen zu verlieren. Zusätzlich verschieben sich die wirtschaftlichen Aktivitäten von einem Rahmen formeller Institutionen zu informellen Strukturen wie Schwarzmarkt oder Mafia, um die fehlenden Sicherheiten zu kompensieren.

Diese Verschiebung hat einen doppelt negativen Effekt auf eine Volkswirtschaft: Die Steuereinnahmen gehen zurück, da die Transaktionen im informellen Bereich gar nicht erfasst werden können. Da aber die öffentlichen Ausgaben eines Staates trotzdem in gleicher Höhe gedeckt werden müssen erhöht sich die Steuerbelastung der im formellen Bereich Aktiven.

3. Einfluss von Demokratie auf die Wirtschaft

Wenn nun theoretische Überlegungen zu demokratischen Einflüssen gemacht werden präsentiert sich die Situation etwas vielschichtiger. Das Recht auf Mitbestimmung in Form von Wahlrechten und Freiheitsrechten fördert die Umsetzung von sozialem Ausgleich, wie z.B. Umverteilungen von Einkommensungleichheiten. Dieser Ausgleich ist gesellschaftlich eigentlich unumstritten und der direkte Effekt wünschenswert, doch so paradox es klingen mag, solche Bemühungen haben ihre wirtschaftlichen Schattenseiten. Der Ausgleich der Einkommen steht für eine Tendenz soziale Unrast zu vermindern oder kriminelle und politische Unruhe einzudämmen und so eine gesellschaftliche Stabilität zu erreichen. Allerdings werden als indirekter Effekt die Eigentumsrechte beeinträchtigt, denn es fehlt der Anreiz zu Arbeiten und zu Investieren wenn durch Umverteilung jeder zu seinem Anteil gelangt. Diese Effekte deuten darauf hin, dass ein Ausbau von demokratischen Elementen in einem Staat nicht leicht zu interpretieren sind und vor allem der Einfluss auf die Wirtschaft in theoretischen Überlegungen vieldeutig ist.

4. Empirisches Konzept zu „rule of law“ and „democracy“

Da die theoretischen Überlegungen zu den Einflüssen von Demokratie und der Rolle des Gesetzes in Bezug auf die wirtschaftliche Entwicklung nicht immer Klarheit schaffen und wie schon erwähnt positive wie negative Effekte vermuten lassen hat Robert J. Barro eine ländervergleichende Studie durchgeführt. Die Studie vergleicht bis zu 138 Länder in Bezug auf Demokratie, die Rolle des Gesetzes und ihren wirtschaftlichen Output.

Dabei ist es wichtig kurz darauf einzugehen wie diese drei Gruppen vertreten sind und wie sie gemessen werden. Für die Messung von Demokratie hat sich Barro für das Konzept von Freedom House¹ entschieden. Dieses Konzept unterscheidet zwei Indizes, einen für die Rechte zu Wählen² und einen für zivile Freiheiten³. Klassifiziert werden die Länder anhand von publizierten und unpublizierten Texten die Informationen über das jeweilige Land enthalten. Das ursprüngliche Ranking von 1 bis 7 wurde zur besseren Vergleichbarkeit in eine Skala von 0 bis 10 transferiert, wobei 0 für am wenigsten Rechte steht und die 10 für am meisten. Wie aus der Grafik 1 zu erkennen ist korrelieren diese beiden Indizes stark miteinander so haben zum Beispiel für 1998 die 138 Länder eine Korrelation von 0.89. Die starke Korrelation würde für weitere Analysen nur marginale Unterschiede geben, egal mit welchem Index, deshalb kommt nur noch der „electoral rights index“ zur Verwendung.

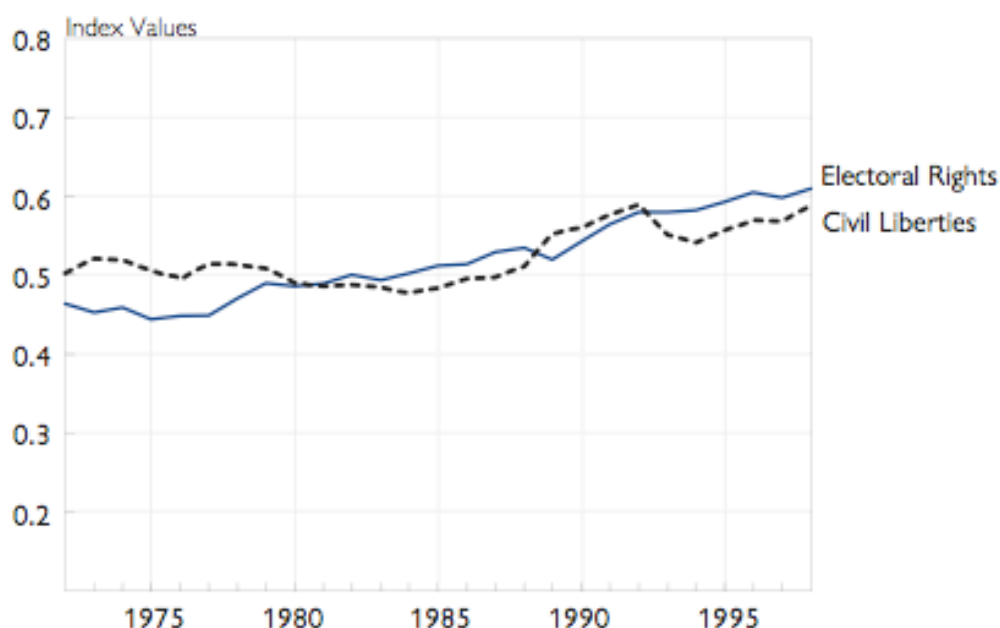
¹ <http://www.freedomhouse.org>

² Definition: Political rights are rights to participate meaningfully in the political process. In a democracy this means the right of all adults to vote and compete for public office, and for elected representatives to have a decisive vote on public policies.

³ Definition: Civil liberties are rights to free expression, to organize or demonstrate, as well as rights to a degree of autonomy such as is provided by freedom of religion, education, travel, and other personal rights.

Grafik 1

Electoral Rights and Civil Liberties: 1972–98



Note: Index score of 1 = Significant Rights/Liberties, 0 = Few Rights/Liberties.
Source: Freedom House, *Freedom in the World*, various years.

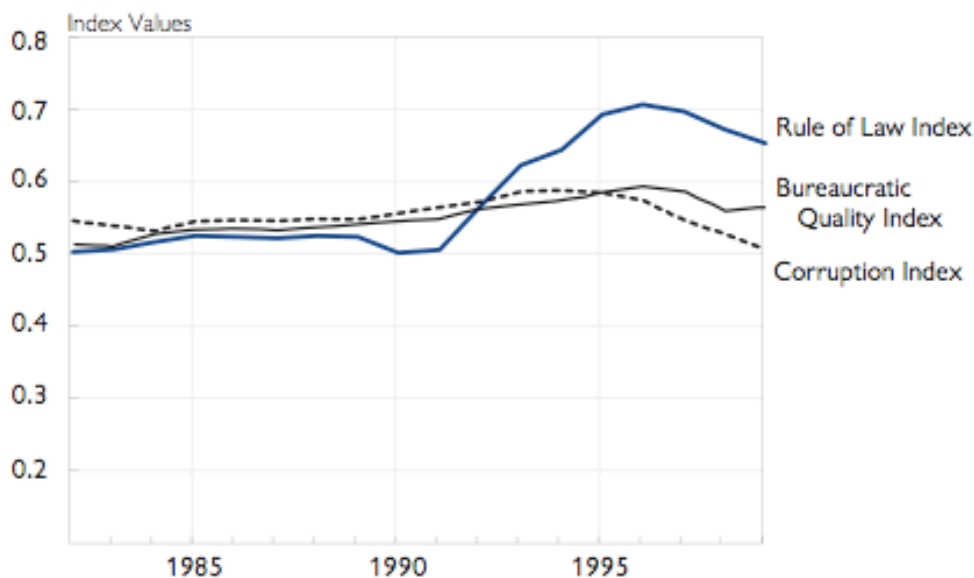
Auch für die Rolle des Gesetzes hat sich Robert J. Barro für einen bereits bestehenden Index von Political Risk Services⁴ entschieden. Seit den frühen achtziger Jahren wird jeden Monat der International Country Risk Guide publiziert und über 100 Länder klassifiziert. Dieser Index basiert hauptsächlich auf Expertenbeurteilungen und ist von subjektiver Natur. Doch die Nachfrage nach solchen Einschätzungen ist sehr gross und darf durchaus als gewisse Legitimation gesehen werden.

Beurteilt werden für den „rule of law index“ die Effizienz der Bürokratie, die Wahrscheinlichkeit vom Staat enteignet zu werden, das Ausmass an offizieller Korruption und die Verbindlichkeit des Gesetzes. Die ursprüngliche Skala wurde wiederum transferiert in eine Skalierung von 0 bis 1 wobei 0 für den schlechtesten Wert steht und 1 den besten Wert bezeichnet. Um eine Vorstellung der Skala zu erhalten, für 1999 haben die meisten OECD- Länder einen Wert von 1 erhalten, Frankreich, Belgien und Portugal allerdings nur einen Wert von 0.83. In der Grafik 2 wird der „rule of law index“ mit zwei anderen Indizes verglichen und wieder ist eine hohe Korrelation von fast 0.8 zu über die gesamte Zeitspanne festzustellen. Wenn nun der „rule of law index“ mit dem „electoral rights index“ verglichen wird die Korrelation schwächer. Es darf davon ausgegangen werden, dass gute Werte für „rule of law“ tendenziell auch gute Werte für Demokratie nach sich ziehen. Allerdings gibt es zahlreiche Fälle die beträchtliche Unterschiede in den Werten für beide Indizes aufweisen, sowohl tiefe Demokratiewerte und hohe Gesetzeswerte als auch umgekehrt.

⁴ <http://www.prsonline.com>

Grafik 2

Institutional Indicators: 1982–99



Note: Index score of 1 = Significant Rule of Law/Efficient Bureaucracy/Least Corruption,
0 = Poor Rule of Law/Inefficient Bureaucracy/Most Corruption.
Source: Freedom House, *Freedom in the World*, various years.

5. Quantitative Effekte von Rechtsstaatlichkeit und Wahlrechten auf die Wirtschaft

Für Robert J. Barro liegt gerade in diesen Unterschieden im Ländervergleich die Möglichkeit, Effekte dieser formellen Institutionen in Bezug auf Wirtschaftswachstum und anderen Grössen zu benennen. In seiner Studie von 1997 geht Barro von folgender Gleichung aus:

$$\text{Wachstumsrate des BIP} = F(y, y^*)$$

Die Variable y steht für Ausgangsposition einer Volkswirtschaft inklusiv dem anfänglichen BIP pro Kopf und der Menge an Humankapital in Form von Bildung und Gesundheit. Die Variable y^* steht für die langfristige Position auf welche die Volkswirtschaft zustrebt. Diese Position wird durch die Faktoren der Regierungspolitik beeinflusst. So steigt y^* beispielsweise an, wenn sich die Gewährleistung der Eigentumsrechte verbessert. Bei gegebenen y^* sinkt die Wachstumsrate des BIP mit steigendem y wegen den abnehmenden Erträgen bei der Akkumulation von Physischem- und Humankapital. Dieser Effekt deutet auf eine Konvergenz mit der Aussage, dass die ärmeren Länder die Reichen einholen. Bei gegebenem y steigt die Wachstumsrate des BIP mit einem Anstieg y^* , z.B. von verbesserten Eigentumsrechten.

Robert J. Barro benutzt für seine Untersuchung ein Sample von 100 Ländern deren Wachstumsraten des BIP für den Zeitrahmen von 1960 bis 1995 erhoben wurden⁵.

Grafik 3

Scatter of Growth Rate against Level of GDP



Source: Author calculations.

Im Streudiagramm (Grafik 3) wurden die Wachstumsraten des BIP gegen Logarithmus des realen BIP pro Kopf gesetzt. Die Wachstumsraten wurden für die Perioden von 65 bis 75, 75 bis 85 und 85 bis 95 berechnet, für den Log des realen BIP pro Kopf wurde jeweils das erste Jahr der Periode verwendet. So wurde jedes Land dreimal beobachtet und das Diagramm enthält etwa 300 Datenpunkte. Von einer einfachen Konvergenzhypothese ausgegangen, müsste eine inverse Beziehung zwischen der Wachstumsrate des BIP und dem Ausgangspunkt für den Log des realen BIP pro Kopf zu erkennen sein. Es ist aber kein solches Muster zu sehen und daher kann davon ausgegangen werden, dass nur mit der Information über das Startniveau einer Volkswirtschaft keine Aussage darüber gemacht werden kann, wie sich das Wachstum in den nächsten 10 Jahren verhalten wird.

Für Barro ist der Teil der Gleichung welcher y^* repräsentiert und die langfristigen wirtschaftlichen Ziele darstellt, verantwortlich für den Effekt des Konvergierens. Das Argument von Barro ist, dass wenn ein Land arm ist und deshalb einen tiefen y Wert hat so kann davon ausgegangen werden das in der Vergangenheit auch ein tiefer y^* -Wert festgestellt werden kann. Tiefe y^* -

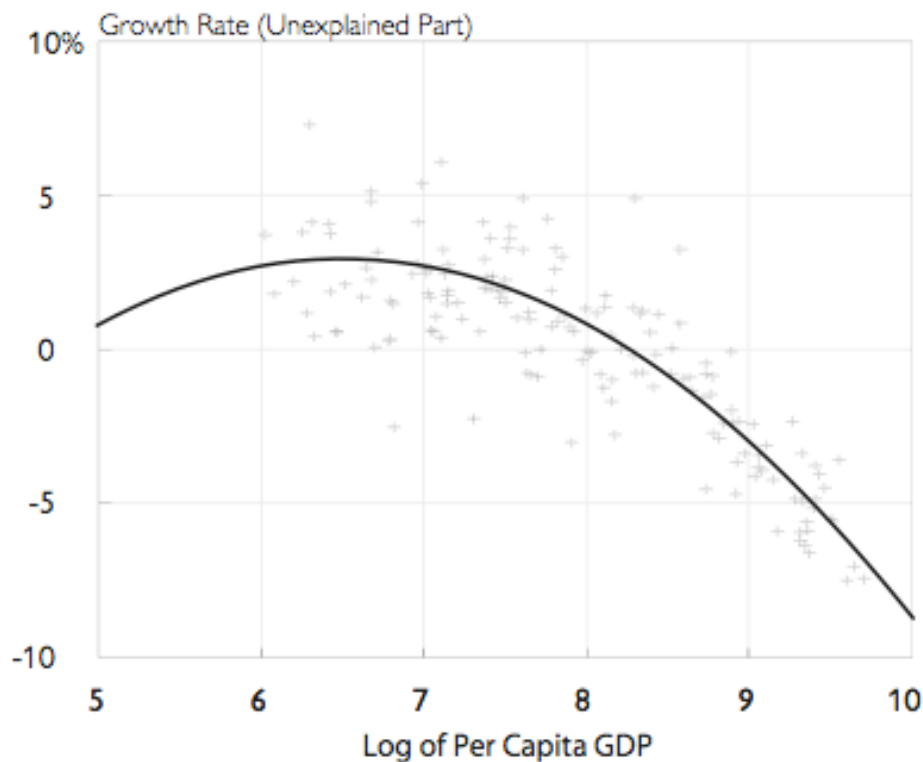
⁵ Die Daten zum BIP wurden von Robert Summers und Alan Heston berechnet und sind auf internationale Vergleichbarkeit modifiziert. Das Sample enthält Daten über Länder mit unterschiedlicher wirtschaftlichen Entwicklung.

Werte deuten nun wiederum auf schlechte Regierungspolitik hin. Regierungen die in der Vergangenheit schlechte Regierungspolitik betrieben haben in Form von beispielsweise mangelnder Rechtsstaatlichkeit oder fehlender Mitbestimmung, tendieren auch in Zukunft dazu es nicht besser zu machen. Obwohl man denken könnte das ein tiefer y -Wert starkes Wachstum in der Zukunft bedingen würde, so ist aber die Tendenz, dass ein tiefer y -Wert von einem tiefen y^* begleitet wird ein gegenteiliger Effekt. Diese gegensätzlichen Eigenschaften bestätigen sich auch in der ländervergleichenden Studie, die besagt, dass arme und reiche Länder im Durchschnitt etwa mit der gleichen Rate wachsen.

Wenn nun die erklärenden Variablen konstant gehalten werden d.h. y^* bleibt konstant⁶, ergibt sich eine statistisch signifikante inverse Beziehung zwischen der Wachstumsrate und dem Ausgangsniveau des logarithmierten BIP pro Kopf einer Volkswirtschaft. Hier (Grafik4) wird nun der Effekt der Konvergenz deutlich, denn bei konstantem y^* und steigendem y nimmt auch die Wachstumsrate ab. Einfacher ausgedrückt sinkt die Wachstumsrate tendenziell wenn ein Land reicher wird.

Grafik 4

Growth Rate versus Level of GDP

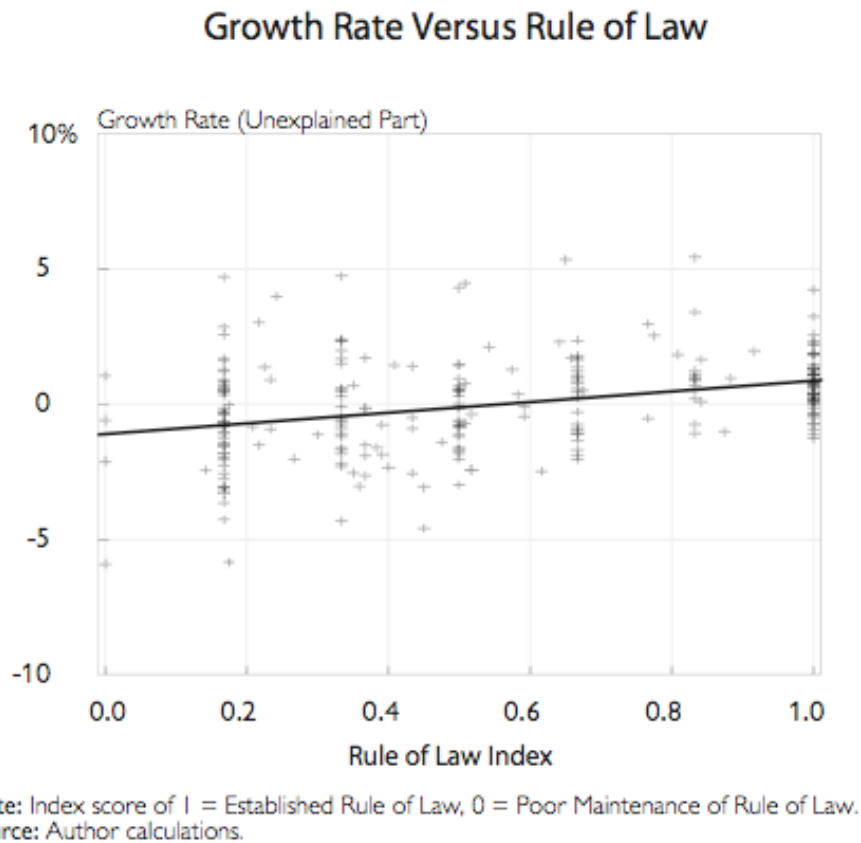


Source: Author calculations.

⁶ y^* : Index of Rule of law, the index of electoral rights and its square, inflation rate, fertility rate, the starting level of educational attainment at the secondary and higher level, the ratio of consumption of GDP, the ratio of investment to GDP, the rate of the terms of trade.

Um nun auf die beiden zentralen Aspekte dieser Studie zu kommen werden die Variablen des „rule of law index“ und des „electoral rights index“ in ihrem Einfluss auf die wirtschaftliche Wachstumsrate berechnet. Wiederum werden alle andern erklärenden Variablen⁷ sowie y konstant gehalten.

Grafik 5



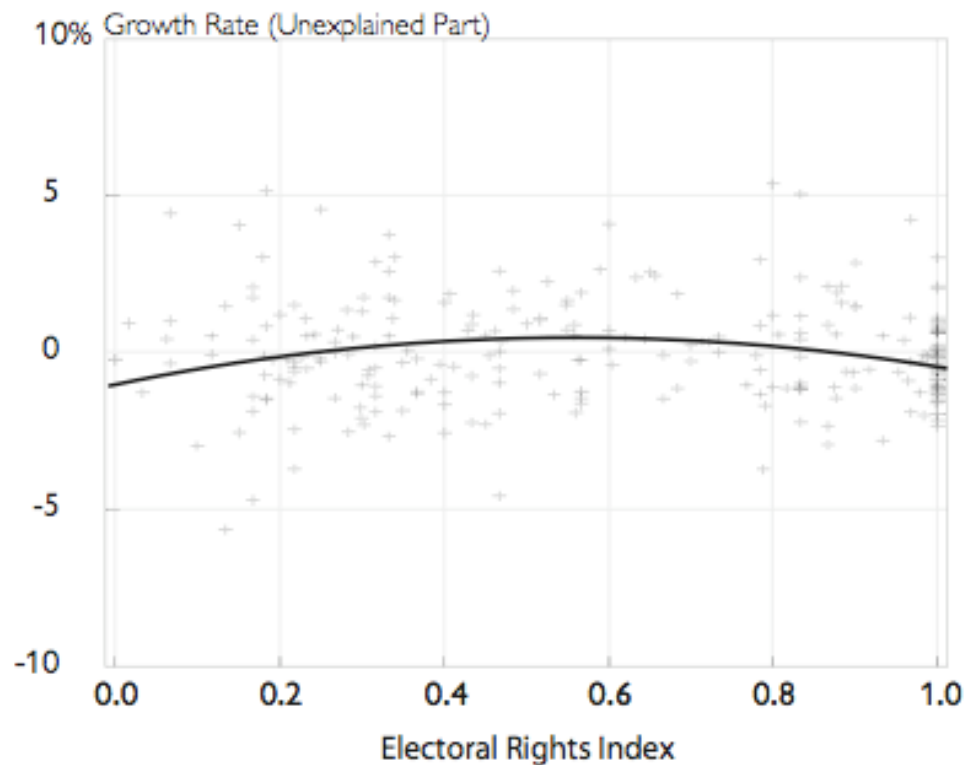
Das Ergebnis, in Grafik 5 dargestellt, zeigt einen statistisch signifikanten Effekt. Ein höherer Wert für den „rule of law index“ ist gleichbedeutend mit einer höheren wirtschaftlichen Wachstumsrate. Um sich eine Vorstellung über das Ausmass dieser Beziehung zu machen: Ein Aufstieg im „rule of law index“ in die nächst höhere Stufe ist gleichbedeutend mit einem Anstieg der Wachstumsrate um 0.5%. Dieser Zusammenhang darf nun aber nicht als allgemeiner Effekt betrachtet werden, denn in bereits gut funktionierenden Systemen haben Anstrengungen das Rechtssystem zu verbessern keinen Einfluss mehr auf das Wachstum. Der grösste Effekt kann in Staaten beobachtet werden, wo die Ausgangslage nahe bei null ist und mit einer Reform der Rechtsstaatlichkeit viel bewirkt werden kann.

⁷ Vgl. Fussnote 5

Wird der Zusammenhang zwischen der Wachstumsrate und dem „electoral rights index“ dargestellt, ergibt sich ein anderes Bild (Grafik 6).

Grafik 6

Growth Rate Versus Democracy



Note: Index score of 1 = Significant Electoral Rights, 0 = Few Electoral Rights.
Source: Author calculations.

Gesamthaft gesehen ist nur eine sehr schwache statistische Beziehung zwischen dem „electoral rights index“ der für den demokratischen Einfluss steht und der wirtschaftlichen Wachstumsrate festzustellen. Dieser nonlineare Zusammenhang zeigt, dass zwar bis etwa einem Wert von 0.5 ein leichter Anstieg der Wachstumsrate zu erkennen ist, danach aber wird der Effekt gar negativ. Ein mögliche Erklärung dieses Zusammenhangs ist, dass eine Verbesserung vor allem in der ersten Phase in Richtung demokratische Verhältnis einen Einfluss haben kann, danach aber die Mitbestimmung in Form von Einkommensausgleichsforderungen und dem Ruf nach dem Ausbau des Sozialstaates einen Einschnitt in die Eigentumsrechte bedeuten kann und sich negativ auswirkt.

6. Die Lipset-Hypothese oder der Einfluss von Wohlstand

Martin Seymour Lipset⁸ stellte die These auf, dass der Wohlstand einer Gesellschaft einen wichtigen Einfluss auf den demokratischen Prozess habe, sogar in gewisser Hinsicht als Voraussetzung verstanden werden muss. Diese Ansicht ist schon in der Antike durch Aristoteles in seinem fünften Buch über Politik entstanden. Aristoteles sagte, dass nur in einer Gesellschaft mit einem relativ kleinen Armenanteil die Möglichkeit bestehe die breite Masse am Prozess der Politik teilnehmen zu lassen.

Da die Gesetzesbestimmungen vor allem direkt einen positiven Einfluss auf die Wirtschaft haben, wie dies Barro festgestellt hat, stimulieren sie indirekt über den durch die florierende Wirtschaft verbesserten Wohlstand auch den Demokratisierungsprozess. Der vermeintlich so offensichtliche Zusammenhang, dass Demokratie wirtschaftliche Prosperität fördert ist also eher umgekehrter Natur. Diese Theorie könnte eine Erklärungsmöglichkeit, für die gemessenen Effekte des „rule of law index“ und des „electoral rights index“ auf die Wachstumsraten der Wirtschaft darstellen.

Um dieser Theorie etwas näher zu kommen hat Barro weitere statistische Untersuchungen zum „rule of law index“ und dem „electoral rights index“ gemacht. Er versucht die wichtigen Einflussfaktoren am Demokratisierungsprozess zu messen. Stellvertretend für die Demokratie ist wiederum der „electoral rights index“ und er wird nach der partiellen Beeinflussung durch erklärenden Variablen untersucht. Folgende Ergebnisse sind in Tabelle 1 dargestellt.

Tabelle 1

Effects of Explanatory Variables on Electoral Rights Index

I. Basic System (all variables considered together)	
Explanatory variable	Estimated effect and statistical significance
5-year and 10-year lags of electoral rights index	Positive and significant (full effect is less than one-to-one)
Real per capita GDP	Positive and significant
Years of primary schooling	Positive and significant
Gap between male and female primary schooling	Negative and significant
Urbanization rate	Negative and marginally significant
Country size (population)	Insignificant
Heavy reliance on oil production	Negative and significant
II. Additional Variables (added one at a time to basic system)	
Explanatory variable	Estimated effect and statistical significance
Years of secondary and higher schooling	Insignificant
Greater income inequality	Negative and marginally significant
Rule of law index	Insignificant
Colonial history (distinguished by identity of former ruler among Britain, France, Spain, Portugal, and others)	Prior colony and identity of former ruler are all insignificant
Religious affiliation (broken down into nine groupings)	Muslim, non-religion, and other religion are significantly negative relative to Catholic (the most prominent category). Protestant, Hindu, Buddhist, miscellaneous Eastern religions, and Jewish are insignificant relative to Catholic.

⁸ Seymour Martin Lipset ist Professor für Public Policy an der George Mason University. Zuvor war er Professor der politischen Wissenschaften und Soziologie an der Stanford University (1975-90), sowie Professor ‚of Government and Sociology‘ an der Harvard University.

Als bedeutende Befunde dürfen vor allem der positive und statistisch signifikante Zusammenhang vom realen BIP pro Kopf und der Anzahl Jahre Grundschule gesehen werden. Diese beiden erklärenden Variablen können als Stellvertreter für gesellschaftlichen Wohlstand betrachtet werden und damit unterstützen diese Ergebnisse die Argumente der Lipset- Hypothese.

Tabelle 2

Effects of Explanatory Variables on Rule of Law Index

I. Basic System (all variables considered together)	
Explanatory variable	Estimated effect and statistical significance
5 -year lag of rule of law index	Positive and significant (less than one)
Real per capita GDP	Positive and significant
Years of primary schooling	Positive and significant
Gap between male and female primary schooling	Insignificant
Urbanization rate	Negative and marginally significant
Country size (population)	Insignificant
Heavy reliance on oil production	Insignificant
II. Additional variables (added one at a time to basic system)	
Explanatory variable	Estimated effect and statistical significance
Years of secondary and higher schooling	Insignificant
Greater income inequality	Negative and significant
Electoral rights index	Insignificant
Colonial history (distinguished by identity of former ruler among Britain, France, Spain, Portugal, and others)	Prior colony is significantly negative; among rulers, some indication that this effect is most negative for Portugal, then other countries, then Spain, then France, then Britain
Religious affiliation (broken down into nine groupings)	All insignificant

Sources: Robert J. Barro, *Determinants of Economic Growth: A Cross-Country Empirical Study*, 1997; Robert J. Barro, "Determinants of Economic Growth: Applications of the Global Evidence to Chile," *Cuadernos de Economía*, forthcoming; Freedom House, *Freedom in the World*, various years; Political Risk Services.

Ein Vergleich der erklärenden Variablen mit dem „rule of law index“ ergibt folgende Ergebnisse dargestellt in Tabelle 2. Wiederum sind es die Variablen BIP pro Kopf und die Grundschuljahre, die sich durch positiv und statistisch signifikanten Zusammenhang auszeichnen. Im Unterschied zum Vergleich mit dem „electoral rights index“ kann hier beim „rule of law index“ von einer wechselseitigen Beziehung gesprochen werden. Wiederum sind es Variablen die für den Wohlstand der Gesellschaft aussagekräftig sind, jedoch wie bereits zuvor festgestellt ist mindestens das BIP pro Kopf auch durch Eigenschaften des „rule of law“ index“ determiniert.

7. Zusammenfassung der Ergebnisse und ihre praktische Relevanz

Abschliessend kann gesagt werden, dass beide Indizes sich gegenseitig nicht direkt beeinflussen. Wenn nun aber trotzdem Parallelen im Ländervergleich aufgedeckt werden sind diese unabhängig von einander durch ökonomische und gesellschaftliche Variablen determiniert. Wie schon gesagt gehören Anzahl Grundschuljahre und BIP pro Kopf, stellvertretend für gesellschaftlichen Wohlstand, zu den Haupteinflussfaktoren. Wenn ihre Werte steigen, erhöhen sich tendenziell auch die Werte für beide Indizes, was gleichbedeutend mit einer Verbesserung der Wahlrechte und

Eigentumsrechte ist. Besonders einflussreich ist steigendes Wirtschaftswachstum (höheres BIP pro Kopf) auf beide Indizes.

Für das Wirtschaftswachstum selber ist vor allem eine unabhängige Verbesserung der Werte für den „rule of law index“ von Bedeutung. So sind Gesetzesbestimmungen und Wirtschaftswachstum eher in einer Wechselwirkung miteinander verbunden und die demokratischen Werte wie das Wahlrecht („electoral rights index“) eher einseitig durch Aspekte des Wohlstandes (BIP pro Kopf, Bildung) determiniert.

Für die Praxis sind diese Erkenntnisse besonders in Bereichen der Entwicklungshilfe von zentraler Bedeutung. So herrschte lang die Meinung vor, es sei wichtig, die vorhandenen Ressourcen zur Förderung demokratischer Prozesse einzusetzen. Eine Demokratisierung würde die Wirtschaft stimulieren, Prosperität und die damit verbundene gesellschaftliche Stabilität erreichen. Nach diesen neuen Befunden müsste eigentlich der grösste Erfolg zu verzeichnen, sein wenn vor allem ein Ausbau eines vertrauenswürdigen Rechtsstaates mit garantierten Eigentumsrechten gefördert würde und Anreize geschaffen werden Investitionen zu tätigen. Dies sind zentrale Voraussetzungen der Marktwirtschaft und die Demokratie hat als positive Begleiterscheinung zu entstehen.

8. Kritik

Inhaltlich wirft aber seine Studie dennoch für mich nach wie vor relevante Fragen auf. Wie können rechtliche Strukturen langfristig und auf vertrauenswürdiger Basis garantiert werden, wenn autokratische Strukturen herrschen? Wie sollen sich generalisiertes Vertrauen und Investitionsanreize herausbilden, wenn demokratische Strukturen erst in zweiter Linie und als konservierendes Element von Bedeutung sind. Als externe Kraft müssen die Reformer trotzdem in eine regierende Partei oder in einen Autokraten Vertrauen gewinnen, oder besser es muss grundsätzlich schon vorhanden sein. Sicherlich ist ein Autokratisches System in einer ersten Reformphase vielleicht sogar effizienter, weil Erlasse von Gesetzen nicht dem demokratischen Prozess unterliegen und so schnell erledigt werden können. Doch geht in einem solchen Vorgehen die Wichtigkeit von kontrollierenden Instanzen völlig unter und das stabilisierende Element der Mitbestimmung und Legitimation fehlt. Was geschieht bei einem Machtwechsel oder dem Tod eines Autokraten? Gibt es eine schützende Verfassung die einen Rückfall verhindert? Wie soll Vertrauen in einen Prozess entstehen wenn er gar nicht existiert und nur die Erkenntnisse seiner Effekte aufgesetzt werden? Gesellschaftliche Stabilität ist meiner Meinung nach ebenso zentrale Voraussetzung, obwohl diese vielleicht in einer Studie wie dieser unter den Begriffen des Nutzens und der Effizienz zu leiden hat.